



## Newsletter 10/22, 31. Oktober 2022

**Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,**

der Oktober war geprägt von "proppevollen" Wochen in Berlin wie im Wahlkreis. Sowohl innen- als auch außenpolitisch bewegen uns derzeit Themen, die auch viele Bürgerinnen und Bürger umtreiben und ängstigen: Energiepreise, Inflation, drohende Insolvenzen, unbekannte "Rettungspakete", Drohungen und Zerstörung von Infrastrukturen durch Putin im Ukraine-Krieg. Aber auch der Ankauf von deutscher Infrastruktur durch China wie kürzlich beim Hamburger Hafen, die Proteste im Iran sowie die Auswirkungen des neuen Bürgergeldes verunsichern die Menschen.

Die Ampelkoalition hat die Einführung eines Bürgergeldes entgegen aller Warnungen aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft beschlossen. Nun sollen die Regelsätze über die Inflationsanpassung hinaus angehoben werden, zudem wird u.a. eine sechsmonatige sanktionsfreie Karenzzeit eingeführt und das anrechnungsfreie Schonvermögen erhöht. Die CDU/CSU-Fraktion hat als Opposition deutlich gemacht: Das Bürgergeldgesetz steht für ein Verwalten der Menschen, nicht für Aktivieren und in Arbeit bringen! Es setzt die falschen Schwerpunkte und das Prinzip des Förderns und Forderns wird aufgegeben. Deshalb haben wir ein Maßnahmenpaket aus verbesserter Vermittlung und intensiverer Betreuung sowie Strukturverbesserungen vorgeschlagen, dass so viele Menschen wie möglich schnell und nachhaltig in Arbeit vermitteln soll. Leider wurde dieses von der Regierungskoalition abgelehnt - was nicht anders zu erwarten war, da die ideologischen Vorstellungen und Projekte von der Regierungskoalition durchgedrückt und

nicht vernünftig zu Ende gedacht werden.

Ich darf unsere Heimat und damit den schönsten Wahlkreis Deutschlands nunmehr seit etwas über einem Jahr im Bundestag vertreten. Dies ist mir eine große Ehre und ich bin dankbar für das Vertrauen in mich, die Unterstützung für meine politische Arbeit und den großen Rückhalt vor Ort!

Mit herzlichen Grüßen!

Ihre

## Neues aus dem Bundestag



**Plenarwochen 10. bis 14. Oktober & 17. bis 21. Oktober 2022**

Ein sehr wichtiger Antrag der CDU/CSU-Fraktion im Plenum in der ersten Oktober-Sitzungswoche beschäftigte sich mit dem akuten Arbeits- und Fachkräftemangel in Deutschland. Dieser Antrag hatte das Ziel, zusätzlich zur Fachkräftegewinnung aus dem Ausland die Bemühungen um Fach- und Arbeitskräfte im Inland mit zielgerichteten Maßnahmen zu vergrößern. Seit einigen Jahren steigt in Deutschland der Fach- und Arbeitskräftemangel in nahezu allen Branchen. Bei meinen vielen Gesprächen im Wahlkreis mit Unternehmen und Institutionen wird mir die Dringlichkeit deutlich gemacht. Derzeit sind über 1,9 Millionen offene Stellen gemeldet. Besonders betroffen sind Berufe in

den Bereichen Gesundheit und Pflege, Soziales und Bildung, Handwerk, Gastronomie und Hotellerie, IT, Metall und Elektro sowie Transport und Verkehr. Die zurückliegenden Corona-Jahre haben die Mangellage noch verschärft. Es ist absehbar, dass dieses Problem in den kommenden Jahren zusätzlich an Schärfe und Breite gewinnen wird, mit entsprechenden negativen Konsequenzen für das Wachstumspotenzial und die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft. Der politische Handlungsdruck ist hoch.

In der zweiten Plenarwoche im Oktober wurde über das "Gesetz zur Änderung des Stabilisierungsfondsgesetzes zur Reaktivierung und Ertüchtigung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds" abgestimmt. Wir als CDU/CSU-Fraktion haben gegen das Gesetz gestimmt, denn wir wollten der Regierung keinen Blankocheck über 200 Mrd. Euro ausstellen, ohne zu wissen, was an konkreten Maßnahmen geplant ist und wie die Regierung den Betrag von 200 Mrd. Euro berechnet. Um die vorgesehene Kreditaufnahme zu ermöglichen, musste zuvor erneut eine Ausnahme von der Schuldenbremse gemäß Art. 115 Absatz 2 Satz 6 und 7 des Grundgesetzes beschlossen werden: „Im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, können diese Kreditobergrenzen auf Grund eines Beschlusses der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages überschritten werden. Der Beschluss ist mit einem Tilgungsplan zu verbinden.“

Ehrlicher wäre es gewesen, in diesem Jahr einen Nachtragshaushalt zu verabschieden, die Hilfen für das nächste Jahr in den Haushalt 2023 einzustellen und gegebenenfalls erneut eine Ausnahme von der Schuldenregel zu beantragen. Die Ampel hält jedoch an ihrer Strategie fest, in Krisenjahren Schattenhaushalte und Haushaltspolster anzulegen, um diese dann in den Folgejahren zu nutzen. Dies ist unseriös. Außerdem ist nicht klar, wie diese Schulden, die eine Belastung für die nachfolgenden Generationen sind, wieder abgebaut werden sollen. Auch der Bundesrechnungshof hat in einem Bericht bereits haushalts- und verfassungsrechtliche Bedenken gegenüber dem Vorgehen der Regierungskoalition geäußert.

Natürlich wollen auch wir spürbare Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger, für das Handwerk und Unternehmen sowie eine Gaspreisbremse und werden dafür mit der Bundesregierung konstruktiv zusammenarbeiten. Die Ampel-Koalition hat jedoch bisher noch nichts Konkretes zu den geplanten Gas- und Strompreisbremsen sowie etwaigen Unternehmenshilfen vorgelegt. Unser [Entschließungsantrag](#) zum oben genannten Gesetzentwurf wurde von der Ampelkoalition abgelehnt. Darin forderten wir, alle vorhandenen Potenziale zur Stärkung der Angebotsseite zu nutzen und zu diesem Zweck unter anderem die drei noch im Betrieb befindlichen Kernkraftwerke mindestens bis zum 31. Dezember 2024 weiter zu betreiben, um das Stromangebot zu erhöhen und den Strompreis zu senken.

---



### **Solidarität mit den mutigen Frauen und Männern im Iran!**

Seit Wochen hält uns der nicht nachlassende Protest gegen das Mullah-Regime im Iran in Atem. Der von den Sicherheitskräften des Regimes herbeigeführte Tod der jungen Iranerin Mahsa Amini am 17. September 2022 hat die landesweiten Proteste bereits im September entzündet. Die Iraner gehen unter dem Motto "Frauen, Leben, Freiheit" für Freiheit, Gerechtigkeit und die Überwindung des repressiven islamistischen Herrschaftssystems auf die Straße. Wir müssen die mutigen Frauen und Männer, die im Iran bei den Protesten Leib und Leben riskieren, unterstützen! Ich war daher mit meinem Praktikanten Nick Winterhalter bei einer Demonstration in Berlin am Brandenburger Tor. Wir haben zusammen mit vielen tausend Menschen unsere Solidarität mit den mutigen Frauen und Männern im Iran ausgedrückt. Die Menschen im Iran sollen wissen: Wir stehen an ihrer Seite!

Auch als CDU/CSU-Fraktion wollen wir ein Zeichen setzen: Mit unserem Antrag "Iranische Protestbewegung entschlossen unterstützen – Den Testfall einer frauenorientierten Außenpolitik zum Erfolg machen" haben wir die Bundesregierung zu mehr Unterstützung für die kämpferischen Iranerinnen und Iraner aufgefordert. Das Regime greift unterdessen zu immer härteren, repressiveren Maßnahmen, greift Protestierende in Schulen und beispielsweise der renommierten Scharif-Universität in Teheran mit brutaler Gewalt an.

Die Unterdrückung der Frauen in der iranischen Gesellschaft ist darüber hinaus seit Jahrzehnten eine der größten systematischen Menschenrechtsverletzungen der Welt. Seit langer Zeit besteht nun die einmalige Chance, systematische Verbesserungen für die Lage der Frauen im Iran und einen gesellschaftlichen Wandel hin zu mehr Freiheitsrechten zu erreichen! Auf diesem Weg bedarf es der tatkräftigen Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft, insbesondere Deutschlands und Europas! Ich habe mich zu dieser Thematik intensiv mit der deutsch-iranischen Gesellschaft ausgetauscht und werde weiterhin mit den Exiliranerinnen und -iranern in Kontakt bleiben, um sie zu unterstützen.

---



### Studien- und Informationsreise nach Brüssel

Mit meinen Kolleginnen und Kollegen Martin Plum, Susanne Hierl, Alexander Engelhard, Henning Rehbaum und Martina Engelhardt-Kopf habe ich auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung auf einer Studienreise zwei Tage in Brüssel mit Expertinnen und Experten über die aktuellen Herausforderungen der Europa-Politik diskutiert. In den Gesprächen sind einige Punkte besonders deutlich geworden:

- Derzeit fehlt der Wille zur Gestaltung und in der Folge eine deutsche Signatur in der europäischen Politik der deutschen Regierung!
- Alle drei Regierungsfractionen haben ein anderes Europabild und agieren unterschiedlich.
- Viele europäische Staaten fragen sich, wie verlässlich Deutschland als Partner ist. Es wäre wichtig, kluge Allianzen zu schmieden.
- Bundeskanzler Scholz kommuniziert kaum mit den europäischen Partnern. So sehen die europäischen Länder deutsche Alleingänge wie das 200 Mrd. Euro-Paket sehr kritisch und fordern mehr gemeinsames Handeln. Dies gilt vor allem vor dem Hintergrund, dass Deutschland Brüsseler Vorhaben wie den gemeinsamen Gaspreisdeckel bremst und andere Staaten gleichzeitig durch eigene Beschlüsse vor vollendete Tatsachen stellt.
- Wir müssen zeitnah klarstellen, wie wir uns zukünftig in Europa angesichts der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Herausforderungen gemeinsam aufstellen.
- Es ist sehr wichtig, dass auch wir Bundestagsabgeordnete europäische Themen, die auf Deutschland Auswirkungen haben, mitzudenken. Hier ist das Berliner Verbindungsbüro für EU-Angelegenheiten wichtig!

Auch Andreas Schwab, unseren Europaabgeordneten und Bezirksvorsitzenden der CDU Südbaden, konnte ich zum Austausch und einem Rundgang durch das Europaparlament treffen, was mich sehr gefreut hat.

---



## **DialogWERKSTATT "Lebensschutz und Selbstbestimmung - Wie soll Hilfe zur Selbsttötung geregelt werden?"**

Bereits zum siebten Mal fand das von mir ins Leben gerufene digitale Diskussionsformat „DialogWERKSTATT“ unter Beteiligung von Expertinnen und Experten sowie Bürgerinnen und Bürger statt. Auf dem virtuellen Podium herrschte die einhellige Meinung, dass es keine geschäftsmäßige Beihilfe zum Suizid geben solle, sondern jeder Einzelfall gesondert beachtet werden müsse.

Dr. Ilona Grammer vom Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e.V. erklärte: "Wir müssen über Sterbewünsche sprechen, aber wir müssen die Hilfe zum Leben in den Mittelpunkt aller Bemühungen stellen." Die Caritas hat an einem Orientierungspapier zur gesetzlichen Neuregelung des assistierten Suizids mitgewirkt, das definiert, wie eine Gesetzgebung mit präventivem Charakter aussehen kann.

Für den Palliativmediziner Dr. Dirk Erbe stand die Prävention an erster Stelle: „Menschen, die Gedanken hegen, vorzeitig aus dem Leben zu scheiden, benötigen ein Netz von Hilfsmöglichkeiten.“ Zentrale Bedeutung kommt der Palliativmedizin zu. Die palliative Versorgung von unheilbar kranken Menschen verfolgt das Ziel, dass das Leben ‚bis zuletzt‘ in einer humanen Art und Weise ermöglicht wird. Dr. Erbe verwies auf die positiven Erfahrungen, die der Landkreis Lörrach seit 2019 in der ambulanten Palliativversorgung macht: „Die spezialisierte ambulante Palliativversorgung, die seit März 2019 im Landkreis Lörrach arbeitet, hilft dabei, dass Betroffene am Lebensende auch zu Hause (bleiben) können. Die Angehörigen wissen, dass sie nicht alleine gelassen werden.“

Der Schweizer Autor und promovierte Jurist Matthias Ackeret berichtete in der DialogWERKSTATT über seine Erfahrungen und Beobachtungen mit der geschäftsmäßigen Sterbehilfe in der Schweiz. „In der Schweiz herrscht beim Thema Sterbehilfe totale Freiheit. Die verschiedenen Sterbehilfeorganisationen werden kaum kontrolliert, man hat ihnen die Deutungshoheit überlassen. Sogar Werbeprospekte für Sterbehilfe sollen künftig in Alten- und Pflegeheimen ausgelegt werden können.“ Pro Tag würden in der Schweiz rund drei Personen in den Tod begleitet. Seine Empfehlungen für den deutschen Gesetzgeber waren eindeutig: „Ein Business-Modell Sterbehilfe ist der

falsche Weg. Es sollte bei einem Sterbewunsch nicht nur ein medizinisches Gutachten, sondern mindestens zwei verlangt werden.“

Ich möchte sowohl die psychotherapeutische Hilfe bei suizidgefährdeten Menschen als auch die Hospiz- und Palliativversorgung stärken. Die durch das Urteil vom Bundesverfassungsgericht ausgelöste Diskussion ist wichtig, um das Thema Sterben aus der Tabuzone zu holen. Menschen haben Angst vor Schmerzen und Leid in der letzten Lebensphase. Es braucht daher mehr Aufklärung über die Möglichkeiten der Palliativmedizin. Wichtig ist auch, den Weg einer Palliativstation im neuen Zentralklinikum Lörrach konsequent weiterzugehen. Gleichzeitig brauchen wir mehr Prävention und psychotherapeutische Angebote für Menschen mit dem Wunsch nach Hilfe zur Selbsttötung und müssen Schutzmechanismen aufbauen, sodass kein neues ‚Geschäftsfeld Sterbehilfe‘ entsteht. Dafür werde ich mich im Deutschen Bundestag einsetzen!

## Neues aus dem Wahlkreis



## Meine zweite Besuchergruppe aus dem Wahlkreis im Bundestag

Im Oktober habe ich meine zweite Besuchergruppe aus dem Wahlkreis im Bundestag begrüßt. Nach dem Besuch eines Vortrags im Plenarsaal konnten die Gäste mir all ihre Fragen stellen, die Terrasse des Reichstags besichtigen und später noch das Humboldtforum besuchen. Am nächsten Tag stand eine Stadtrundfahrt mit Halt an der East Side Gallery, die letzte original Mauerstücke zeigt, und ein Besuch der Ausstellung "Wege, Irrwege, Umwege - Die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland" im Deutschen Dom auf dem Programm.

Bei solch einer dreitägigen Berlin-Fahrt werden verschiedene Sehenswürdigkeiten besucht, beispielsweise Museen und Gedenkstätten, und auch Ministerien und Vereine bieten den Besuchern spannende Einblicke. Das Programm wird bei jeder Fahrt vom Bundespresseamt individuell gestaltet. Wer aus meinem Wahlkreis Lörrach-Müllheim auch mal dabei sein möchte, kann sich gerne in meinem Büro melden: [diana.stoecker.ma06@bundestag.de](mailto:diana.stoecker.ma06@bundestag.de).



**Hier werden die Fachkräfte von morgen "gemacht"!**

Beim Besuch des Schülerforschungszentrums phaenovum in Lörrach konnte ich einmal mehr feststellen, wie wichtig solche Einrichtungen sind, um junge Menschen für das Forschen und den MINT-Bereich zu begeistern. Kinder und Jugendliche, die abseits vom Notendruck Freude am Experimentieren und an wissenschaftlichen Zusammenhänge entwickeln, können sich auch eine Ausbildung in diesem Bereich vorstellen. Auch dieses Mal konnte ich die Begeisterung der jungen Menschen sehen, die mir ihre Forschungsarbeiten vorgestellt haben. Dass besonders viele junge Frauen mit dabei waren, hat mich umso mehr gefreut!

In meiner Zeit als Geschäftsführerin des Innocel Innovations-Centers Lörrach habe ich das Schülerforschungszentrum mit aufgebaut und begleitet. Seitdem haben Schülerinnen und Schüler hier die Möglichkeit, sich selbstständig kreativ zu entfalten und interdisziplinär zu forschen, Experimente zu entwickeln und durchzuführen. Es ist gerade jetzt, wo uns über 1,9 Millionen Fachkräfte in Deutschland fehlen und die Regierung keinen fundierten Plan für eine Überwindung der Fachkräftekrise vorweisen kann, von besonderer Bedeutung, Projekte wie das phaenovum zu unterstützen, um die Basis für die Fachkräfte von morgen zu legen. Das phaenovum, dessen Angebot sich grundsätzlich an Kinder und Jugendliche von weiterführenden Schulen ab 10 Jahren richtet, ist hierfür im Dreiländereck ein wichtiger Baustein! Die Verbesserung der Berufsorientierung in der Schule, die durch

Angebote wie die des phaenovums wesentlich unterstützt wird, war auch eine der zentralen, kürzlich im Bundestag vorgelegten Forderungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem Ziel, über die Fachkräftezuwanderung hinaus alle Potentiale für mehr Fachkräfte im Inland auszuschöpfen.

Dazu gehört selbstverständlich auch, in die Lehrpläne stärker "praktisches Lebenswissen" aufzunehmen. Schülerinnen und Schüler, die mich in Berlin besuchen, kritisieren zurecht, dass vieles, was sie später im Leben oder im Beruf wissen müssen, bis zum Schulabschluss nicht vermittelt wird. Dazu gehört zum Beispiel, wie man eine Steuererklärung macht oder auf welche Kompetenzen es im Beruf sonst ankommt, wie lebensbegleitendes Lernen durch gezielte Weiterbildung und flexible Nach- bzw. Teilqualifizierungen. Ich kann das sehr gut nachvollziehen!



### **Vorzeitiger Förderstopp für Glasfaserausbau**

Das von der letzten Bundesregierung erfolgreich und mit etlichen Milliarden finanzierte „Graue-Flecken-Programm“ zur Förderung des Glasfaserausbaus wurde über Nacht ohne Vorwarnung für Kommunen und Zweckverbände vorzeitig eingestellt. Dieser vorzeitige Förderstopp für Glasfaserausbau in unseren ländlichen Kommunen ist inhaltlich und

kommunikativ ein Skandal.

Bereits Anfang des Jahres hat Minister Habeck ähnlich gehandelt und das KfW-Programm für energetisches Bauen Hals über Kopf eingestellt. Nun wählte Verkehrs- und Digitalminister Dr. Wissing einen ähnlichen Weg und stellte das „Graue-Flecken-Programm“ klammheimlich über Nacht ein.

In Zeiten, in denen es im ländlichen Raum an vielen Stellen an schnellem Internet mangelt und gleichzeitig immer wieder die Digitalisierung beschworen wird, fragt man sich, welches Projekt fortschrittlicher sein könnte als Investitionen in den Glasfaserausbau für ländliche Regionen?! Denn: Kein Unternehmen übernimmt dies aus eigenem Antrieb, weil es sich schlichtweg für Unternehmen nicht rechnet. Hier muss also der Staat einspringen. Daher setzen diese wichtige Aufgabe für den ländlichen Raum eigens gegründete kommunale Zweckverbände um.

Für meinen Wahlkreis Lörrach-Müllheim hat die Einstellung des Förderprogramms ernste Konsequenzen:

Der Zweckverband "Breitbandversorgung Landkreis Lörrach" war antragsbereit und hat versucht, Anträge einzureichen. Alle planerischen und projektrelevanten Hausaufgaben waren gemacht, das Marktversagen war festgestellt worden. Dies betrifft 15.000 Haushalte in 22 Gemeinden im Landkreis Lörrach, die aktuell unterversorgt sind. Sie sollten in den nächsten zwei Jahren einen Glasfaseranschluss bekommen. Dazu gehört auch das Wohnquartier Schlossgasse Gipshalde in Grenzach, für das Bürgermeister Tobias Benz gemeinsam mit dem Zweckverband Lörrach wie viele andere Gemeinden alles parat hatte. Die Anträge konnten jedoch nicht gestellt werden: Die Antragsplattform wurde klammheimlich - nach vermeintlichen Technik-Problemen in den Tagen zuvor - stillgelegt.

Im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald war man ebenfalls in der finalen Vorbereitung von 22 Förderanträgen mit einer Investitionssumme von über 101 Mio. Euro (brutto).

Wir können nur hoffen, dass die Bundesregierung auch dieses Mal dem Druck der Unionsfraktion nachgibt und erneut ein Programm auflegt!

---

**Augenblicke**



... Beim Traditionstag auf der Landesgartenschau ... im Wahlkreis unterwegs mit dem eBike anlässlich des Aktionstags "Bewegung" der CDU/CSU-Fraktion ...



... Besuch von der Realschule Dreiländereck bei mir im Bundestag ... Termin beim Bohrerhof: Oktober ist Kürbiszeit :-)

Wenn Sie mehr zu meinen Terminen wissen wollen,  
dann folgen Sie mir gerne auf Social Media!  
Selbstverständlich dürfen Sie diesen Newsletter auch gerne an interessierte  
Personen weiterleiten.

### Meine nächsten Termine (Auswahl)

**Mittwoch, 02. November**

Runder Tisch "Psychische Versorgung im Landkreis Lörrach"

Besuch Schöpflin-Stiftung Lörrach

**Donnerstag, 03. November**

Podiumsdiskussion: „Gesundheitspolitische Gesprächsrunde“ der RehaZentren  
Baden-Württemberg in der Rehaklinik Glotterbad  
Unternehmensbesuche im Kleinen Wiesental  
19:30 Uhr: Bürgersprechstunde mit der CDU Kleines Wiesental in der Sennhütte  
Tegernau-Schwand

**Freitag, 04. November**

Konstituierung des Arbeitskreises "Gesundheit und Pflege" Südbaden in Grenzach-  
Wyhlen

**Samstag, 26. November**

Vorstandssitzung Frauenunion Baden-Württemberg in Stuttgart

**Plenarwochen Bundestag Berlin:**

**07. November - 11. November**

**21. November - 25. November**

**28. November - 04. Dezember**



---

**Impressum**

Diana Stöcker MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

diana.stoecker@bundestag.de